

Arbeitslosengeld II

Regionale Sieger und Verlierer

Seit Hartz IV bestehen für die Bezieher von Arbeitslosengeld II unterschiedliche Betreuungsmodelle. Im Februar 2007 waren Arbeitsgemeinschaften von Kommunen und Arbeitsagenturen für 4,4 der knapp 5,3 Millionen erwerbsfähigen ALG-II-Empfänger zuständig. Ausschließlich von kommunalen Stellen wurden gut 700.000 Personen betreut. Um 173.000 erwerbsfähige ALG-II-Bezieher kümmern sich die zuständigen Gemeinden und die jeweilige Agentur für Arbeit unabhängig voneinander.

Das letztere Modell ist auf den ersten Blick das erfolgreichste. Während die Zahl der erwerbsfähigen ALG-II-Empfänger von Februar 2006 bis Februar 2007 insgesamt um 0,3 Prozent stieg, ging sie bei den getrennt operierenden Kommunen und Arbeitsagenturen um 3,5 Prozent zurück. Die Arbeitsgemeinschaften hielten die Zahl ihrer Hartz-IV-Bezieher konstant, während die allein agierenden Kommunen eine Zunahme um 3,5 Prozent verbuchten. Hinter den Zahlen verbergen sich jedoch große regionale Unterschiede. So meldete z.B. die Arbeitsgemeinschaft Viersen (Nordrhein-Westfalen) einen Zuwachs der ALG-II-Empfängerzahl um über 12 Prozent, während Cham (Bayern) einen Rückgang von 20 Prozent verbuchte. Bei den eigenständig betreuenden Städten und Gemeinden gab es ebenfalls keinen klaren Trend: In Mülheim an der Ruhr sowie im Main-Taunus-Kreis etwa kletterte die Zahl der ALG-II-Bezieher um mehr als 20 Prozent; die kommunalen Träger u.a. in Tuttlingen sowie im hessischen Vogelsbergkreis konnten dagegen ein Minus in ähnlichem Umfang verkünden.

Gesprächspartner im IW: **Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124**

Arbeitslosengeld II

Leistung aus zahlreichen Händen

Erwerbsfähige Hartz-IV-Empfänger werden derzeit überwiegend von Arbeitsgemeinschaften aus Arbeitsagentur und Kommune betreut. Daneben gibt es aber auch Gemeinden, die dies eigenständig erledigen, sowie kommunale Behörden und Arbeitsagenturen, die sich getrennt um die Bezieher von Arbeitslosengeld II bemühen. Welches Modell am erfolgreichsten ist, lässt sich bislang kaum sagen.

Als die damalige Bundesregierung 2004 das Hartz-IV-Reformpaket schnürte, packte sie ein Konzept mit hinein, welches auf eine bessere Betreuung der Bezieher staatlicher Hilfen abzielte. Kommunen und örtliche Arbeitsagenturen sollten einen Vertrag schließen und in einer gemeinsamen Behörde die Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) fördern. In diesen Arbeitsgemeinschaften – kurz: ARGE – sollte das Beste zweier Welten vereint werden: Die Arbeitsverwaltung würde ihr Know-how in Sachen Jobvermittlung einbringen, während die Sozialbehörden der Städte und Gemeinden soziale Vermittlungshemmnisse wie Drogenprobleme, Überschuldung oder fehlende Kinderbetreuung beseitigen könnten.

In der Praxis allerdings funktionierte das vorgesehene System des Förderns und Forderns nicht so reibungslos wie gewünscht. Unter anderem führten die unterschiedliche Personalorganisation sowie die inkompatiblen EDV-Systeme dazu, dass die Arbeitsgemeinschaften vor allem zu Beginn gerade einmal dafür sorgen konnten, dass die Berechtigten ihr Arbeitslosengeld II pünktlich erhielten.

Möglicherweise waren entsprechende Befürchtungen bereits im Vorfeld ein Grund dafür, dass bei der Verabschiedung der Hartz-IV-Reform beschlossen wurde, die Betreuung der Hilfeempfänger nicht den Arbeitsgemeinschaften allein zu überlassen. Stattdessen dürfen sich maximal 69 sogenannte Optionskommunen in Eigenregie um die ALG-II-Bezieher kümmern. Damit spielen sie allerdings nur eine Nebenrolle (Tabelle):

Im Februar 2007 waren die Arbeitsgemeinschaften für 4,4 Millionen der

insgesamt knapp 5,3 Millionen erwerbsfähigen Empfänger von Arbeitslosengeld II zuständig. Ausschließlich von kommunalen Stellen wurden gut 700.000 Personen betreut.

Dabei gehören zu den erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nicht nur Arbeitslose, sondern auch Erwerbstätige mit geringem Einkommen sowie Alleinerziehende, die kleine Kinder haben und aus diesem Grund

ALG-II-Empfänger: Dreierlei Zuständigkeiten

So viele erwerbsfähige Empfänger von Arbeitslosengeld II wurden von diesen Institutionen betreut, in 1.000

	Februar 2006	Februar 2007
346 Arbeitsgemeinschaften von Gemeinden und örtlichen Arbeitsagenturen	4.417	4.414
69 Gemeinden	681	705
19 Gemeinden und Arbeitsagenturen in getrennter Trägerschaft	180	173
Insgesamt	5.278	5.292

Ohne jene neun Gemeinden, für die keine Daten für Februar 2006 vorliegen
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit

© 35/2007 Deutscher Institut-Verlag

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen.

Um weitere 173.000 dieser ALG-II-Empfänger kümmern sich die zuständigen Gemeinden und die jeweilige Agentur für Arbeit unabhängig voneinander, da dort aus verschiedenen Gründen keine Arbeitsgemeinschaften zustande kamen.

Wie gut die einzelnen Trägerschaftsmodelle funktionieren, ist bislang – obwohl im Gesetz vorgesehen – noch nicht systematisch untersucht worden. Einige Anhaltspunkte lassen sich immerhin gewinnen, wenn man darauf schaut, wie sich die Zahl der Hilfebezieher entwickelt hat. Der erste Blick scheint das vermeintlich ineffizienteste Konstrukt zu favorisieren:

Während die Zahl der erwerbsfähigen ALG-II-Empfänger von Februar 2006 bis Februar 2007 insgesamt um 0,3 Prozent stieg, ging sie im Bereich der getrennt operierenden Kommunen und Arbeitsagenturen um 3,5 Prozent zurück.

Die Arbeitsgemeinschaften hielten die Zahl ihrer Hartz-IV-„Kunden“ immerhin konstant, während die Optionskommunen eine Zunahme von 3,5 Prozent verbuchen mussten.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich allerdings große regionale Unterschiede (Grafik). So meldete beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft in Viersen (Nordrhein-Westfalen) einen Zuwachs der ALG-II-Bezieherzahl um mehr als 12 Prozent, und auch in Bonn, Groß-Gerau (Hessen) und Schwabach (Bayern) gab es deutlich mehr Leistungsempfänger. Dagegen registrierten vor allem Cham (minus 20 Prozent), aber auch die ebenfalls bayerischen Städte Rosenheim und Neu-Ulm einen deutlichen Rückgang.

Bei den eigenständig betreuenden Kommunen war ebenfalls kein einheitlicher Trend auszumachen. Während in Mülheim an der Ruhr sowie im Main-Taunus-Kreis die Zahl der ALG-II-Bezieher um mehr als 20 Prozent nach oben kletterte, konnten

die kommunalen Träger in Tuttingen, Biberach (beide Baden-Württemberg) sowie im hessischen Vogelsbergkreis im Februar 2007 ein Minus in ähnlichem Umfang verkünden.

Nicht zuletzt dieses bunte Bild spricht dafür, dass es für den Erfolg der Arbeitsmarktpolitik vor allem darauf ankommt, ob sachliche und finanzielle Verantwortung in einer Hand liegen. Erst wenn sich das Resultat der ergriffenen Maßnahmen im Budget der zuständigen Träger niederschlägt, werden diese ein echtes Eigeninteresse haben, möglichst viele ALG-II-Empfänger wieder dauerhaft auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Diese Forderung erfüllt indes keines der bestehenden Modelle.

ALG-II-Empfänger: Die regionalen Trends

Um so viel Prozent hat sich die Zahl der erwerbsfähigen Empfänger von Arbeitslosengeld II in den Kreisen und kreisfreien Städten zwischen Februar 2006 und Februar 2007 verändert

